

Motive und Einstellungen tschechoslowakischer Wähler: die Juniwahl und die Entwicklung bis Ende des Jahres 1990

Uttitz, Pavel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Uttitz, P. (1991). Motive und Einstellungen tschechoslowakischer Wähler: die Juniwahl und die Entwicklung bis Ende des Jahres 1990. *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 28, 40-51. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-202461>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Motive und Einstellungen tschechoslowakischer Wähler Die Juniwahl und die Entwicklung bis Ende des Jahres 1990

von Pavel Uttitz¹

Im November 1989 hat sich die Tschechoslowakei nach einer kurzen, unblutigen ("samtenen" oder "sanften") Revolution nach 41 Jahren kommunistischer Herrschaft auf den Weg zur Demokratie begeben. Daß dieser Prozeß langwierig und schmerzlich sein würde, war in dieser Zeit nur Wenigen klar. Im Verlauf des Jahres 1990 schwand jedoch die anfängliche Euphorie der Bevölkerung sehr rasch. Spätestens seit den Parlamentswahlen am 8. und 9. Juni 1990 wurde die politische und wirtschaftliche Stimmung immer schlechter.

Der schnellen Reaktion einiger demoskopischen Institute - die bereits vor der Revolution unter staatlicher Obhut existierten oder kurz danach als unabhängige Unternehmen gegründet wurden - ist es zu verdanken, daß das Meinungsbild seit der Revolution sehr detailliert erfaßt wird, und daß wir deshalb in die Lage sind, den Prozeß nachzuzeichnen.² Im Hinblick auf die gegenwärtige Stimmungslage (zu Beginn des Jahre 1991) ist vor allem ein Vergleich mit der Parlamentswahl interessant. Deshalb soll hier zunächst eine kurze Beschreibung des Wahlergebnisses und seiner Gründe erfolgen. Dies kann dann als Grundlage für die Darstellung der Entwicklung der politischen Stimmung im Verlauf des Jahres 1990 dienen, bevor schließlich kurz auf das gegenwärtige Parteienspektrum eingegangen werden kann.

1. Die Parlamentswahlen am 8. und 9. Juni 1990

Das Föderale Parlament der Tschechoslowakei besteht aus zwei Kammern: Der Volkskammer, deren Zusammensetzung proportional zur Einwohnerzahl ist und der Kammer der Nationen, in der gleichviele Abgeordnete aus den beiden Teilrepubliken vertreten sind. Im folgenden werden lediglich die Ergebnisse der Wahl zur Volkskammer beschrieben, da die Analyse beider Wahlen hier zu weit führen würde. Anzumerken bleibt, daß am selben Tag ebenfalls

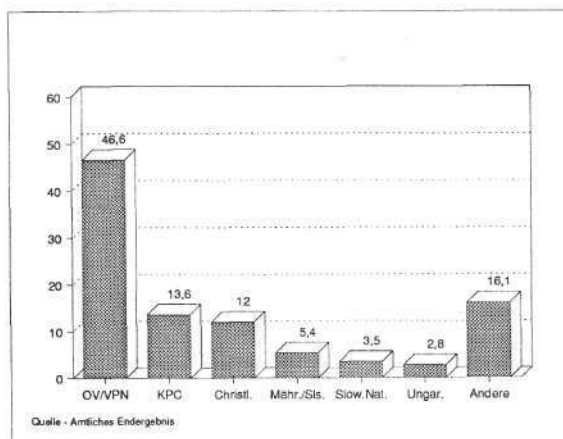
1 Dr. Pavel Uttitz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V., Meckenheimer Allee 125, 5300 Bonn 1.

2 Die wichtigsten sind: Institut pro výzkum veřejného mínění (IVVM) "Institut für die Erforschung der öffentlichen Meinung", Skupina pro nezávislou sociální analýzu (AISA) "Gruppe für unabhängige soziale Analyse" sowie das Institut für Soziologie bei der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, allein Prag.

die Wahlen zu den Landesparlamenten in Böhmen und Mähren sowie in der Slowakei stattfanden. Auf die Besonderheiten dieser Wahlen wird hier ebenfalls nicht eingegangen.³

Der eindeutige Sieger der Volkskammerwahl war das *Bürgerforum* (OF) in Böhmen und Mähren sowie die Schwesterbewegung, *Öffentlichkeit gegen Gewalt* (VPN), in der Slowakei (siehe Abb. 1). Diese Bewegungen haben sich in den Tagen der Revolution im November '89 gegründet und seit dieser Zeit die gesamte Entwicklung und Umstrukturierung im Lande bestimmt. Angeführt durch den überaus beliebten Staatspräsidenten Václav Havel bekamen sie Zuspruch aus allen Teilen der Bevölkerung.

Abbildung 1: Ergebnis der Volkskammerwahl 1990



Durch das eindeutige Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und zur Demokratie sowie mit dem Slogan "Zurück nach Europa" setzten sie die Akzente im Wahlkampf. Auch wenn sich bereits im Verlauf des Wahlkampfes die Mehrheit der Bevölkerung vor Preiserhöhungen bei Gütern des täglichen Bedarfs, vor einer Verschlechterung des Lebensstandards und vor dem Verlust der Arbeitsplätze fürchtete, schafften das *Bürgerforum* und die *Öffentlichkeit gegen Gewalt*, der Bevölkerung die Notwendigkeit einer Reform zu verdeutlichen und auch ihre Kompetenz glaubhaft zu machen.

Entsprechend eindeutig war dann das Ergebnis am 8. und 9. Juni 1990. Begünstigt durch die in der Tschechoslowakei neu eingeführte 5%-Hürde reichten dem *Bürgerforum* und der *Öf-*

³ Eine ausführliche Analyse der Wahl wurde unter dem Titel: "Die Früchte der Revolution in den richtigen Händen", Parteien und Wahlen in der Tschechoslowakei am 8. und 9. Juni 1990, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 4, 1990, S. 582 - 599, vom Verfasser zusammen mit Ursula Feist, veröffentlicht.

fentlichkeit gegen Gewalt bei der Volkskammerwahl 46,6% der Stimmen zur absoluten Mehrheit der Sitze in der Volkskammer (87 von den 150 Sitzen). Zweitstärkste Partei, allerdings mit großem Abstand, wurde die *Kommunistische Partei* (24 Sitze), gefolgt von den beiden *christlichen Parteien* in Böhmen und Mähren sowie der Slowakei (20 Sitze). Die *Bewegung für die Selbstverwaltung Mährens und Schlesiens*, die nur in Böhmen und Mähren kandidierte überwand ebenfalls die 5%-Hürde und kam auf neun Abgeordnetenmandate. Aufgrund der getrennten 5%-Hürde nach den beiden Landesteilen konnten auch die *Slowakische Nationalpartei* (6 Sitze) und die *Partei der ungarischen Minderheit* (4 Sitze) in die Volkskammer einziehen.

Zu diesem Wahlergebnis führten vor allem zwei Faktoren:

In der Tschechoslowakei herrschte die *Kommunistische Partei* über vierzig Jahre uneingeschränkt. Es gab daneben zwar die Parteien der Nationalen Front, sie waren jedoch, ähnlich wie in der DDR die Blockparteien, gleichgeschaltet. In der Zeit vor den Juni-Wahlen mußte sich deshalb innerhalb eines knappen halben Jahres eine vollkommen neue politische Landschaft bilden. Es kristallisierte sich eine breite Parteienlandschaft mit 23 Parteien heraus, die sich zur Wahl stellten. Deshalb war die Selbstdarstellung sowie eine programmatische Profilierung der einzelnen Parteien und Bewegungen kaum möglich. Für viele Wähler bestand keine Transparenz des Parteienspektrums. Hinzu kam, daß allen Parteien und Bewegungen der Kampf gegen die Kommunisten gemeinsam war, so daß der Bevölkerung jedes Ergebnis recht war, das die Kommunisten in die Oppositionsrolle verwies.

Das *Bürgerforum* und die *Öffentlichkeit gegen Gewalt*, die sich geweigert haben eine Partei zu bilden, vereinigten hingegen in ihren Reihen nahezu alle wichtigen (Protagonisten der Revolution) und kompetenten (Fachleute) Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und hatten darüber hinaus die konkreteste politische Programmatik, insbesondere im Hinblick auf eine radikale Veränderung des Wirtschaftssystems. Dies alles führte zu ihrem überwältigenden Erfolg.⁴

Das zweite wichtige Ergebnis der Wahl war der Einzug der nationalistischen Parteien in die Parlamente. Darin spiegelt sich die Wiederbelebung nationaler Identifikation wider. Mehr als 40 Jahre kommunistischer Herrschaft unter der Formel des demokratischen Zentralismus haben demokratische Strukturen und Traditionen weitgehend zerstört. Toleriert wurden die nationalen Organisationen mit ihren Freiräumen für kulturelle Betätigung. Als einzige intermediäre Instanzen zwischen Staat und Gesellschaft, die übriggeblieben waren, bildeten sie nun bei den ersten freien Wahlen offenbar Kristallisationspunkte für politisches Handeln.

⁴ vgl. Feist/Uttitz a.a.O. und Institut pro vyzkum veřejného mínění (IVVM) "Institut für die Erforschung der öffentlichen Meinung" (Hrsg.): *Retrospektiva voleb '90* ("Retrospektive der Wahl '90"), Prag, August 1990, S. 9.

2. Entwicklung der politischen Stimmung

Auch die Tschechoslowakei stand nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes vor ähnlichen Problemen wie die anderen mittel- und osteuropäischen Länder Polen, Ungarn, Bulgarien oder Rumänien. Das politische System mußte auf eine völlig neue Basis gestellt, die alten Machthaber ersetzt und nicht zuletzt das gesamte Wirtschaftssystem umgestellt werden. Diese in so kurzer Zeit kaum zu bewältigende Aufgabe zeigte bereits während des Wahlkampfes, aber dann vor allem im Verlauf des Sommers und Herbstes tiefe Risse zwischen den einzelnen politischen Parteien auf. Auch die Bevölkerung wurde immer mehr verunsichert. Jan *Herzmann*, Mitarbeiter des Instituts für Meinungsforschung in Prag, unterteilt die allgemeine Stimmung im Jahre 1990 in mehrere Phasen, die von der Euphorie (bis ca. Februar) über Ernüchterung (bis ca. Sommer) bis hin zur teilweisen Resignation (Winter) führte⁵.

Die Umfrageergebnisse, auf die sich die folgenden Ausführungen stützen, stammen aus repräsentativen Befragungen des AISA-Instituts (Gruppe für unabhängige soziale Analyse), die im Januar, Mai und November 1990 bei jeweils mehr als zweitausend wahlberechtigten Bürgern der CSFR durchgeführt wurden⁶.

Die Zufriedenheit mit der allgemeinen politischen Entwicklung nahm zwischen Januar und November rasch ab (von 86% auf 42%). Entsprechend ist die Unzufriedenheit gestiegen (von 15% auf 58%) (siehe Abb. 2). Die Wirtschaftsreform erwies sich als eine der schwersten Aufgaben der amtierenden Regierung. Zwei Modelle zur Umstrukturierung der Wirtschaft wurden auch innerhalb der Regierung kontrovers diskutiert:

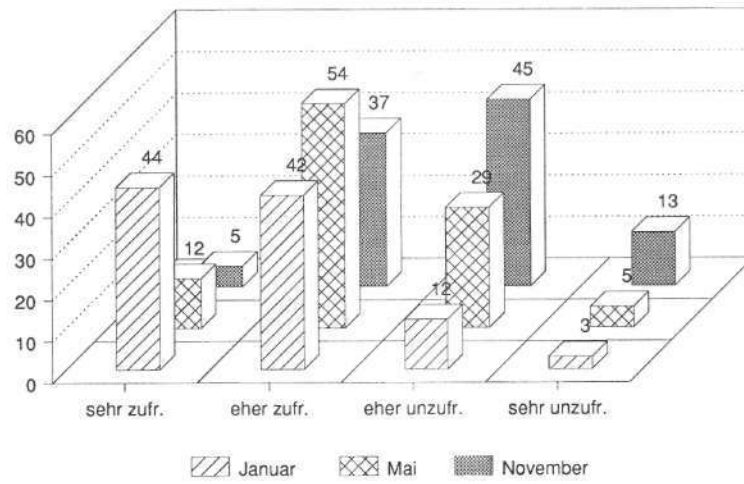
- Das liberale Modell, nach dem ein drastischer aber schneller Übergang zur Marktwirtschaft vollzogen werden soll und
- das soziale Modell, das langsamer dafür aber sozial abgefedert durchgeführt werden soll.

Die Regierung unter der Federführung des Finanzministers Klaus versucht das liberale Modell durchzusetzen. Je länger die Diskussion andauerte, um so skeptischer ist die Bevölkerung geworden und um so stärker sind die Ängste um einen Arbeitsplatzverlust bzw. die Verminderung des Lebensstandards gestiegen (siehe Abb. 3).

5 vgl.: Jan *Herzmann*: 450 Tage seit der samtenen Revolution, Vortrag in Wien, Januar 1991.

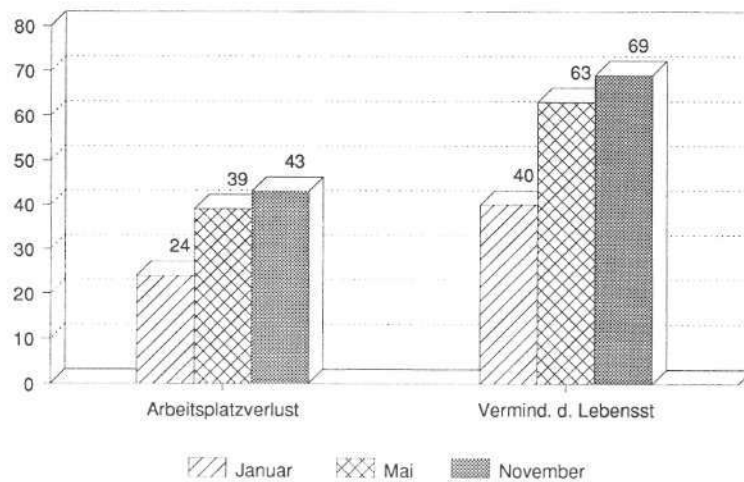
6 AISA (Hrsg.): Vyzkumy "Ceskoslovensko - leden 1990", " - kveten 1990", " - listopad 1990" (Berichte "Tschechoslowakei - Januar 1990" - Mai 1990" - November 1990"), Prag, März, Juli und Dezember 1990.

Abbildung 2: Zufriedenheit mit der politische Entwicklung



Quelle - AISA, Prag

Abbildung 3: Ängste der Bevölkerung



Quelle - AISA, November 1990

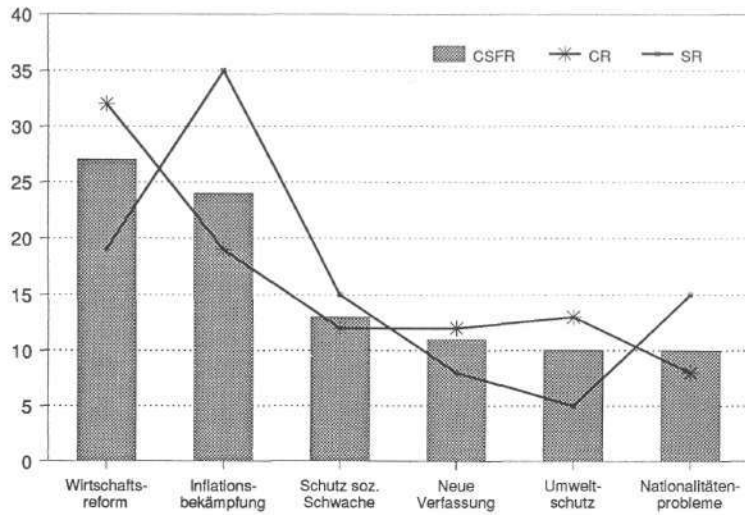
Im Januar 1990 fürchtete nur ein Viertel der Befragten, seinen Arbeitsplatz möglicherweise verlieren zu können, im November war es fast die Hälfte der Bevölkerung. Mit Verminderung des Lebensstandards rechnete im Januar jeder vierte Befragte, im November waren es sieben von zehn. Entsprechend hegte im Januar noch fast ein Drittel (30%) der Befragten die Hoffnung, daß sich die Wirtschaft schnell wandeln würde, im November schrumpfte diese Zahl auf 2%.

Der komplizierte Wandel des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems in der Tschechoslowakei wurde teilweise durch den Streit zwischen den beiden Teilrepubliken überdeckt. Schlüsselbegriffe der politischen Diskussion waren in der Zeit nach der Wahl "Nationalinteressen", "Nationale Identität" und die Notwendigkeit der tschechischen und slowakischen Nationalstaatlichkeit.

Für die Mehrheit der Bürger in der gesamten Tschechoslowakei bildete im November 1990 die Wirtschaftsreform trotzdem die wichtigste politische Aufgabe, dicht gefolgt von der Bekämpfung der Inflation. Fast gleichrangig kommen im Anschluß daran der Schutz für sozial Schwache, die Erarbeitung einer neuen Verfassung, die Sorge um den Umweltschutz sowie die Lösung des Nationalitätenproblems (siehe Abb. 4). Auffallend ist dabei, daß das Nationalitätenproblem, das die politische Diskussion für Monate dominierte, mit an letzter Stelle steht. Auch wenn die unterschiedliche Gewichtung der Prioritäten in den beiden Teilrepubliken betrachtet wird, in der Slowakei dominiert die Bekämpfung der Inflation vor der Wirtschaftsreform, in Böhmen und Mähren ist der Umweltschutz und die Erarbeitung einer neuen Verfassung wichtiger als die Lösung des Nationalitätenproblems, nimmt auch in der Slowakei das Nationalitätenproblem mit nur 15% der Nennungen eine relativ unbedeutende Stellung ein.

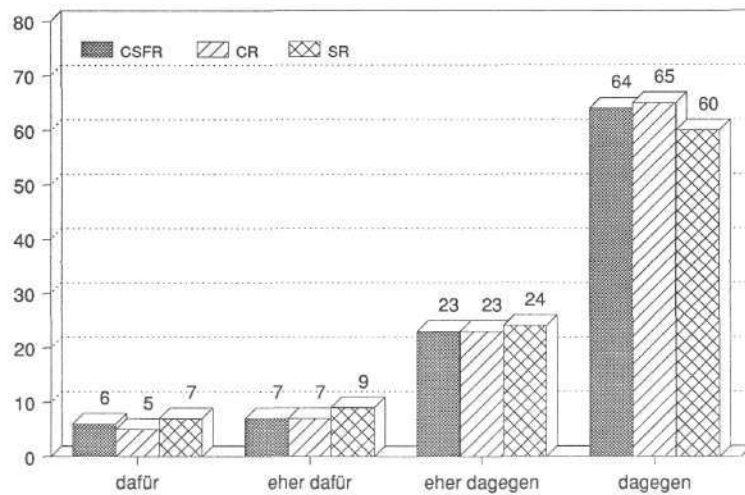
Es bleibt deshalb zu fragen, ob die Bürger der Tschechoslowakei überhaupt eine Zweistaatlichkeit, d.h. eine deutliche Trennung zwischen Böhmen und Mähren einerseits und der Slowakei andererseits wünschen (siehe Abb. 5). Die Antwort ist eindeutig: Fast zwei Drittel der Befragten sind entschieden dagegen, und ein weiteres Viertel ist eher dagegen. Dabei gibt es in den beiden Teilrepubliken kaum Unterschiede. Das gleiche gilt auch für die Einschätzung der Gründe für die Dominanz der Probleme zwischen den beiden Teilstaaten in der aktuellen politischen Diskussion. Auf die Frage *Stimmen Sie der Aussage zu 'Die Bemühungen um die Teilung des Landes sind ein Machtspiel der Politiker und widerspiegeln nicht die Interessen der normalen Menschen,'* antworten sieben von zehn Befragten sowohl in Böhmen und Mähren wie auch in der Slowakei mit Zustimmung. Nur ein Viertel lehnt diese Aussage ab.

Abbildung 4: Wichtigste politische Aufgaben



Quelle - AISA, November 1990

Abbildung 5: Zweistaatlichkeit?



Quelle - AISA, November 1990



Die Probleme, die es zwischen den beiden Ländern trotzdem gibt und die zu teilweise unterschiedlichen Einschätzungen der politischen und wirtschaftlichen Themen führen, sind deshalb nicht auf das Problem des Nationalitätenstreits zu reduzieren, sondern vielmehr in der Entwicklung in der Vergangenheit zu suchen. Waren die letzten 40 Jahre für Böhmen und Mähren eine Zurückentwicklung von einem hochindustrialisierten Land zu einer nach östlichem Muster gelenkten Planwirtschaft, vollzog sich in der Slowakei ein, wenn auch bescheidener, Modernisierungsprozeß. Dies bewirkt auch unterschiedliche Einstellungen zu aktuellen Streitfragen in den beiden Ländern, die sich dann in der parteipolitischen Landschaft, auf die später noch einzugehen ist, widerspiegeln.

Die bereits am Anfang angedeutete relativ schlechte allgemeine politische Stimmung, die sich eher gegen die Regierung richtet, demonstriert sich ebenfalls im geringen Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Institutionen (siehe Abb. 6). Das Vertrauen in Institutionen gliedert sich in drei ungleiche Dimensionen. Die erste Dimension bilden Institutionen und Organisationen, die die nachrevolutionären Veränderungen repräsentieren oder mit ihnen verbunden sind (die Europäische Gemeinschaft, das Bildungssystem). Die zweite Dimension wird repräsentiert durch das zum Teil nach der Revolution veränderte aber noch nicht ganz gefestigte System, also das Parlament, die Regierung, den Rechtsstaat oder das politische System an sich. Auch Kirche und Presse gehören zu dieser Kategorie. Die dritte Dimension schließlich bilden Institutionen und Organisationen, die in den Augen der Öffentlichkeit eine Kontinuität mit dem alten Regime bilden: Armee, Bürokratie, Polizei, Großbetriebe und Gewerkschaften. Hierzu wird auch noch die NATO gezählt, d.h. die Propaganda der letzten 40 Jahre trägt hier noch ihre Früchte. Ganz abgeschlagen an letzter Stelle steht der inzwischen aufgelöste Warschauer Pakt. Das mangelnde Vertrauen in politische Institutionen stellte auch Ursula Feist für die Bürger der ehemaligen DDR fest. Sie führt dies auf die noch traditionellen Denkschemata⁷ zurück. Dieses Ergebnis ist auf die CSFR durchaus übertragbar.

Deutliche Kontraste ergeben sich hier zwischen den beiden Teilrepubliken. Während in Böhmen und Mähren die nachrevolutionären Veränderungen mit mehr Vertrauen begleitet werden, sind die slowakischen Befragten bei fast allen genannten Institutionen und Organisationen skeptischer. Die einzige Ausnahme bildet das Vertrauen in die Kirche, die traditionsgemäß in der Slowakei eine wesentlich wichtigere Rolle spielt als in Böhmen und Mähren.

Ein völlig anderes Bild bietet die Frage nach der Popularität führender Politiker (siehe Abb. 7). Hier ist das Vertrauen in die Protagonisten der Revolution nach wie vor ungebrochen. Während Staatspräsident *Havel* und Parlamentspräsident *Dubcek* das Vertrauen von mehr als zwei Drittel aller Bürger genießen, sind es bei den wichtigen Ministern der Föderation

⁷ vgl.: Feist, U.: Zur Akkulturation der vereinten Deutschen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11-12, 1991, S. 21-32.

tion genauso wie bei den beiden Landesministerpräsidenten noch sechs von zehn Befragten, die ein hohes Ansehen von ihnen haben. Auch hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen beiden Ländern. Insbesondere der Außenminister Dienstbier, der Wirtschaftsminister Dlouhy und vor allem der Finanzminister der Föderation (Klaus) sind in der Slowakei wesentlich weniger beliebt als in Böhmen und Mähren - auch das eine Folge der in der Slowakei stärker kritisierten Wirtschaftspolitik.

Abbildung 6: Vertrauen in die Institutionen

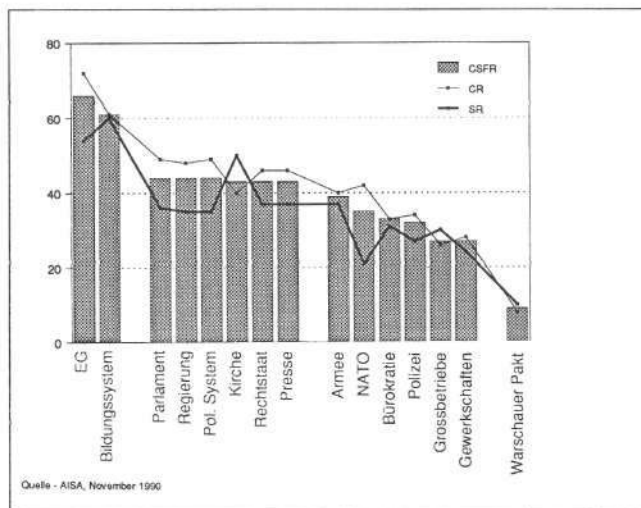
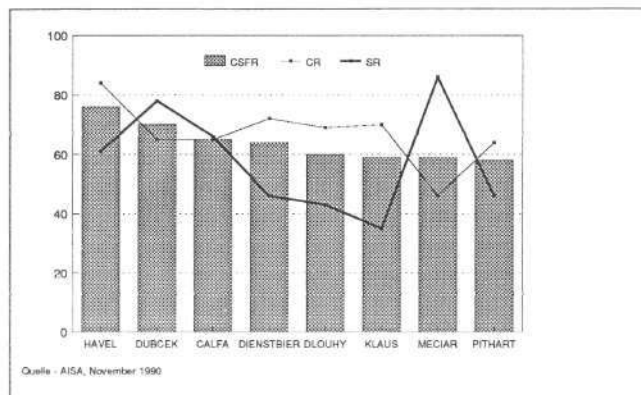


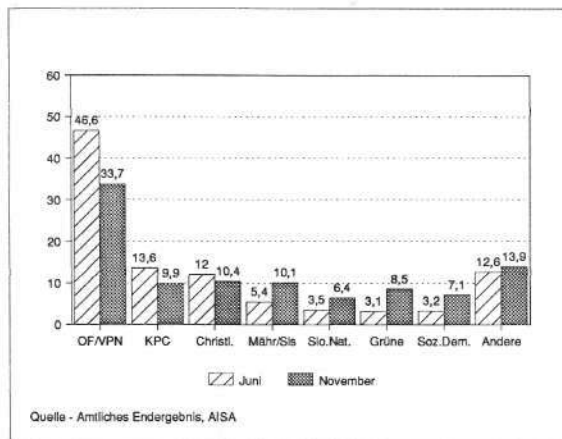
Abbildung 7: Popularität führender Politiker



3. Die parteipolitische Landschaft in der Tschechoslowakei Ende 1990

Die bisher vorgestellten Ergebnisse, einerseits das geringe Vertrauen in die politischen und gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, zum anderen das hohe Vertrauen in die führenden Politiker zeigt eine gewisse Instabilität des gegenwärtigen politischen Systems. Die Gesellschaftsordnung wird nicht durch eine gefestigte Loyalität zum System oder durch Parteienidentifikation getragen, sondern basiert stärker auf individuellem Ansehen der Politiker. Daß in der Tschechoslowakei die Herausbildung einer Parteienlandschaft noch voll im Gange ist, wird am deutlichsten, wenn das Wahlergebnis vom Juni mit der Wahlabsicht vom November 1990 verglichen wird (siehe Abb. 8).

Abbildung 8: Wahlergebnis und Wahlabsicht



Das *Bürgerforum* und die *Öffentlichkeit gegen Gewalt* haben ihre dominierende Position verloren und werden nur noch von einem Drittel der Bürger in der Tschechoslowakei unterstützt. Dahinter kommen drei fast gleich starke Parteien, die *Kommunistische Partei*, die *christlichen Parteien* und die *Bewegung für Selbstverwaltung Mährens und Schlesiens*. Während die Kommunisten und die christlichen Parteien im Vergleich zur Juniwahl eher Stimmen einbüßten, gewinnen die *mährisch-schlesische Bewegung* und die *Slowakische Nationalpartei* deutlich an Zulauf. Die höheren Anteile der nationalistischen Parteien sind jedoch eher als eine Protestbewegung gegen die Herrschenden bzw. die ehemals etablierten (Block-) Parteien zu interpretieren als mit dem nationalistischen Bestreben dieser Parteien. Dies zeigt sich auch an den höheren Anteilen für die *Grünen* und die *Sozialdemokraten*, die beide in der Volks-



kammer nicht vertreten sind, gegenwärtig jedoch über der 5%-Hürde liegen. Die übrigen Parteien bleiben mit zusammen fast 14%, darunter insbesondere die *Bauernpartei* mit fast 5%, ungefähr gleich stark wie im Juni.

Eine getrennte Betrachtung der beiden Teilrepubliken zeigt in Böhmen und Mähren immer noch eine Dominanz der politischen Landschaft durch das *Bürgerforum*, die jedoch viel schwächer ausfällt als bei der Parlamentswahl. Die Bewegung hat sich allerdings zu Beginn des Jahres 1991 in zwei Fraktionen gespalten, die sich inzwischen zu eigenständigen Parteien entwickeln. In der Slowakei sind hingegen vier Parteien bestimmend. Stärkste ist noch die *Öffentlichkeit gegen Gewalt*, gefolgt von der *Slowakischen Nationalpartei*, einer relativ starken *Kommunistischen Partei* und der *Christlichen Partei*.

Diese Zahlen machen deutlich, daß es in der Tschechoslowakei gegenwärtig ein Vielparteiensystem ohne deutliche Konturen gibt, so daß auch nach fast einem Jahr die Herausbildung typischer Parteienanhängerschaften kaum vorangeschritten ist, und eine soziologische Analyse der Wähler der einzelnen Parteien deshalb nur partiell möglich ist.

Die Betrachtung sozio-demographischer Merkmale wie Geschlecht, Alter, Bildung, Beruf oder Wohnort zeigt deshalb nur wenige Differenzen zwischen den Anhängern der einzelnen Parteien. So sind die Wähler des *Bürgerforums* im Durchschnitt älter, haben eine höhere formale Bildung und leben in Städten mit über 100 000 Einwohnern. Die Wählerschaft der *Kommunistischen Partei* ist im Durchschnitt noch älter als die des *Bürgerforums*. Diese Befragten verfügen entweder über ein ganz niedriges oder sehr hohes Bildungsniveau. Sie leben eher auf dem Lande und in kleineren Städten. Die Wähler der *Grünen* sind, ähnlich wie in der Bundesrepublik, jünger, das Bildungsniveau spielt bei ihnen hingegen keine Rolle.

Die Wahlabsicht für die *nationalen Parteien* wird überdurchschnittlich häufig in ländlichen Regionen geäußert. Die Anhänger der *mährisch-schlesischen Bewegung* verfügen über eine relativ niedrige formale Bildung; die der *Slowakischen Nationalpartei* liegt hingegen über dem Durchschnitt. Bei den übrigen Parteien gibt die Aufgliederung nach den obigen Merkmalen kaum Aufschluß über die Zusammensetzung ihrer Anhänger.

Auch die traditionellen wahlsoziologischen Differenzierungsfaktoren, wie z.B. die Wertvorstellungen und Einstellungen, tragen kaum zur Unterscheidung zwischen den Wählern der einzelnen Parteien bei. Die Profile ähneln einander. Die noch deutlichsten Unterschiede gibt es bei der Prioritätensetzung für die wichtigsten politischen Aufgaben.

Während für die Anhänger des *Bürgerforums* bzw. der *Öffentlichkeit gegen Gewalt* die Wirtschaftsreform die eindeutige Priorität hat, nimmt für die Anhänger der *Kommunistischen Par-*



tei die Inflationsbekämpfung den höchsten Rang ein. Ähnlich wie bei den *Kommunisten* ist es auch bei der *Slowakischen Nationalpartei*. Bei den *christlichen Parteien* herrscht ein relatives Gleichgewicht zwischen den drei Themen Wirtschaftsreform, Inflationsbekämpfung und Schutz sozial Schwacher. Hingegen dominiert bei den *Grünen*, ähnlich wie bei dem *Bürgerforum*, die Wirtschaftsreform. Bei den *Sozialdemokraten* ist Wirtschaftsreform und Inflationsbekämpfung gleichrangig. Dies gilt auch für die *mährisch-schlesische Bewegung*. So sind die Streitfragen, bei nicht eindeutig ausgebildeten Parteiidentifikationen, gegenwärtig der wichtigste Trennungsfaktor zwischen den Anhängern der einzelnen Parteien.

Schlußbemerkung

Die Entwicklung der politischen Stimmung in der Tschechoslowakei zwischen Januar und November 1990 war durch eine ständig steigende Unzufriedenheit der Bürger mit der politischen und wirtschaftlichen Lage gekennzeichnet. Begleitet war dieser Prozeß von einem schwachen Vertrauen in das politische System und seine einzelnen Institutionen. Dabei hat auch die Bereitschaft, sich im politischen Leben zu engagieren, abgenommen. Die Bindung der Bürger an die einzelnen Parteien hat sich noch nicht richtig herausgebildet, so daß ein gewisses politisches Vakuum entstanden ist. Das politische Klima in der Tschechoslowakei ist deshalb viel stärker von dem Vertrauen, das die Bürger den führenden Persönlichkeiten des politischen Lebens entgegen bringen, abhängig. Gleichzeitig ist die Angst vor der wirtschaftlichen Reform und ihren möglichen, vor allem sozialen Folgen sehr groß. Dabei treten alle anderen Probleme in den Hintergrund.

Ein typisches Bild für diese Stimmung zeigt die Haltung der überwiegenden Mehrheit der Befragten, die der Meinung ist, daß ein stärkeres berufliches Engagement zwar möglich wäre, zur Zeit jedoch besseres und sorgfältigeres Arbeiten noch keinen großen Sinn hätte. Die Bürger der Tschechoslowakei befinden sich also in einer gewissen Wartestellung. Dies gilt auch für die allgemeine politische Haltung, die kürzlich vom Staatspräsidenten *Havel* wie folgt formuliert wurde: "Solange wir um die Freiheit kämpfen mußten, kannten wir unser Ziel. Jetzt haben wir die Freiheit und wissen gar nicht mehr so genau, was wir tun sollen".